

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

40. Ministerrat

2. Dezember 2020

1. Schreiben des Österreichischen Städtebundes vom 24. November 2020, mit dem vier Beschlüsse betreffend „Kommunale Finanzen“, „Pflegerreform“, 1-2-3-Klimaticket sowie „ÖREK 2030“ der 228. Sitzung der Geschäftsleitung vom 11. November 2020 vorgelegt werden.
2. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 12. November 2020, mit dem der Antrag Nr. 47 – „Alle Jugendlichen haben eine Chance verdient – Maßnahmenpaket gegen Jugendarbeitslosigkeit, um eine „lost generation“ zu verhindern“ vom 4. November 2020 vorgelegt wird.
3. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 17. November 2020, mit dem die Anträge Nr. 6 – „Home-Office im Sinne der Beschäftigten gestalten!“, Nr. 8 – „Recht auf bezahlte Dienstfreistellung, Übernahme der Arbeitskosten zur Gänze durch den Bund“ sowie Nr. 34 – „Bessere Bewertung der Vordienstzeiten für 6. Urlaubswoche“ vom 4. November 2020 vorgelegt werden.
4. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol vom 16. November 2020, mit dem fünf Resolutionen betreffend „45 Jahre sind genug und müssen es auch weiterhin bleiben!“, „Schwangere Arbeitnehmerinnen müssen, ua. aufgrund der Gefahr einer Infektion mit SARS-CoV-2, in vorzeitigen Mutterschutz gehen können“, „ArbeitnehmerInnenschutz – Pausenregelung bei Tragen von Schutzkleidung und Schutzmasken im Gesundheitsbereich“, „Kurzarbeit darf zu keiner Minderung des Wochengeldes führen!“ sowie „Kein verpflichtendes Pensionssplitting in Österreich“ der 179. Kammervollversammlung vom 13. November 2020 vorgelegt werden.
5. Schreiben des Bürgermeisters von Waldzell vom 10. November 2020, mit dem eine Resolution vom 5. November 2020 „gegen ein Atommülllager in Passau und Umgebung“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Bürgermeisters von Schalchen vom 19. November 2020, mit dem eine Resolution vom 12. November 2020 betreffend „Leistbares Wohnen“ vorgelegt wird.
7. E 109-NR/XXVII.GP vom 20. November 2020 betreffend „Schaffung einer Lehrausbildung mit Schwerpunkt in der digitalen Fertigung“ (Wortlaut siehe Beilage).
8. E 110-NR/XXVII.GP vom 20. November 2020 betreffend „Frauengesundheit: Brustkrebsfrüherkennung während der Corona-Krise“ (Wortlaut siehe Beilage).
9. E 111-NR/XXVII.GP vom 20. November 2020 betreffend „keine Altersdiskriminierung bei Brustkrebsvorsorgeuntersuchung für Frauen über 69 Jahren“ (Wortlaut siehe Beilage).
10. E 112-NR/XXVII.GP vom 20. November 2020 betreffend „zügige und vollständige Umsetzung des Aktionsplans Frauengesundheit“ (Wortlaut siehe Beilage).

11. E 113-NR/XXVII.GP vom 20. November 2020 betreffend „Erstellung von Informationsbroschüren in Leichter Sprache zu gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen für Frauen mit Behinderungen“ (Wortlaut siehe Beilage).
12. E 115-NR/XXVII.GP vom 20. November 2020 betreffend „Frühstarterbonus“ (Wortlaut siehe Beilage).
13. E 116-NR/XXVII.GP vom 20. November 2020 betreffend „Durchführung einer Kinderkosten-Erhebung“ (Wortlaut siehe Beilage).
14. E 117-NR/XXVII.GP vom 20. November 2020 betreffend „Weiterführung der Maßnahmen aus dem Regierungsprogramm für die Erhöhung des Anteils aktiver Mobilität am österreichischen Mobilitätsmix“ (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 20. November 2020

betreffend Schaffung einer Lehrausbildung mit Schwerpunkt in der digitalen Fertigung

Die Bundesregierung wird ersucht, die Möglichkeit zur Schaffung von Lehrberufen mit Schwerpunkt in der digitalen Fertigung zu prüfen und bei positiver Prüfung einen Prozess zur Umsetzung der Schaffung von Lehrberufen mit Schwerpunkt in der digitalen Fertigung zu initiieren.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 20. November 2020

betreffend Frauengesundheit: Brustkrebsfrüherkennung während der Corona-Krise

Der zuständige Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird aufgefordert, in enger Kooperation mit den Bundesländern, die Qualität der medizinischen Angebote für Frauen insbesondere das Brustkrebsfrüherkennungsprogramm unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig wird die Bundesministerin für Frauen und Integration im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz aufgefordert, auch in Zeiten gesundheitspolitischer Herausforderungen, Frauengesundheit weiterhin zu forcieren.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 20. November 2020

betreffend keine Altersdiskriminierung bei Brustkrebsvorsorgeuntersuchung für Frauen über 69 Jahren

Die Bundesministerin für Frauen und Integration und der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz werden aufgefordert, umgehend die Ausweitung des Brustkrebs-Früherkennungsprogramm auf alle Frauen ab 45 Jahren sicherzustellen.

Entschließung

des Nationalrates vom 20. November 2020

betreffend zügige und vollständige Umsetzung des „Aktionsplans Frauengesundheit“

Der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird ersucht, gemeinsam mit der Bundesministerin für Frauen und Integration den „Aktionsplan Frauengesundheit“ im Bund unter Einbeziehung der betroffenen Akteurinnen und Akteure in vollem Umfang zügig umzusetzen und gemeinsam mit den Ländern entsprechende Umsetzungsschritte auf Länderebene zu verhandeln.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 20. November 2020

betreffend Erstellung von Informationsbroschüren in Leichter Sprache zu gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen für Frauen mit Behinderungen

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz und die Bundesministerin für Frauen und Integration mögen gemeinsam die Erstellung und Verbreitung von Informationsmaterialien in Leichter Sprache sowie Österreichischer Gebärdensprache zum Thema gynäkologische Vorsorgeuntersuchungen in Auftrag geben. Die Broschüre sollte unter Einbezug von Expertinnen und Experten sowie Frauen mit Behinderungen erstellt werden.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 20. November 2020

betreffend Frühstarterbonus

Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, eine dem sogenannten „Frühstarter-Bonus“ im ASVG (und Parallelgesetzen) vergleichbare Regelung für die gesondert geregelten Altersversorgungssysteme (öffentlicher Dienst, Bahn, Post) auszuarbeiten und dem Nationalrat eine entsprechende Regierungsvorlage zeitgerecht zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, sodass die damit verbundenen gesetzlichen Änderungen zum 1. Jänner 2022 in Kraft treten können. Weiters wird der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz in Zusammenarbeit mit den PV-Trägern ersucht, dafür zu sorgen, dass der Anspruch auf den „Frühstarter-Bonus“ im Pensionskonto bzw. bei Pensionskontoinformationen an Versicherte ersichtlich gemacht wird.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 20. November 2020

betreffend Durchführung einer Kinderkosten-Erhebung

Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, die Durchführung der Kinderkosten-Erhebung unter Einbeziehung der maßgeblichen Stakeholder weiter voranzutreiben, um die finanzielle Lage von Familien mit Kindern auf einer statistischen Basis zu erfassen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 20. November 2020

betreffend Weiterföhrung der Maßnahmen aus dem Regierungsprogramm für die Erhöhung des Anteils aktiver Mobilität am österreichischen Mobilitätsmix

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, wird ersucht, folgende Maßnahmen voranzutreiben:

- Die Aktualisierung des Masterplans Radfahren und seiner Maßnahmen zur Steigerung des Fahrradverkehrs, ebenso eine Neuauflage des Masterplans Gehen
- Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeindevertreter_innen zur Verbesserung der rechtlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen für das Radfahren und das Zu-Fuß-Gehen
- Wie im Bundesbudget vorgesehen Förderung des Fahrradverkehrs wie Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur und anderer Maßnahmen für aktive und saubere Mobilität